



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 4. Juni 2025

Von Wolfgang Liedtke

Das wichtigste Traktandum der Gemeinderatsitzung im Juni ist jeweils die Jahresrechnung. Damit verbunden ist eine außerordentliche Fragestunde. Ebenfalls im Juni wird über Einbürgerungen entschieden. In dieser Sitzung war es eine der letzten Einbürgerungen im Grossen Gemeinderat, nachdem in der Abstimmung am 18. Mai 2025 die Zuständigkeit für die Einbürgerungen vollständig an den Stadtrat übertragen wurde. Trotzdem hielt es Urs Künzler (SVP) für notwendig, im Namen der SVP-Fraktion das Einbürgerungsverfahren in der Gemeinderatssitzung als unwürdig zu kritisieren. Er begründete dies unter anderem mit der Anonymität des Verfahrens, bei dem die Gemeinderäte nicht einmal mehr wüssten, wen sie einbürgern. Tatsächlich aber werden die Anträge mit den Lebensläufen für die Gemeinderäte zugänglich gemacht. Das scheint Künzler, der Präsident der Einbürgerungskommission ist, entgangen zu sein.

Fragestunde

Zahlenmaterial zur Entwicklung der Wohnungsmieten und des Wohneigentums in Adliswil - Schwellen in einer 30er-Zone – Vergabe städtischer Baugrundstücke im Baurecht – Hausmüllentsorgung – Lichnanlagen Tüfi und Grüetpark – Instandsetzung Haus Brugg – Barrierefreie Zugänglichkeit und Attraktivität des Sihlufers – Geänderte Schalteröffnungszeiten im Stadthaus

Stadträtin Fein (FW) beantwortete nach zwei Monaten Fragen von Wolfgang Liedtke (SP) nach einer korrigierten Beantwortung seiner schriftlichen Anfragen aus dem Dezember 2024 zur Entwicklung der Wohnungsmieten und des Wohneigentums in Adliswil. In der schriftlichen Beantwortung des Stadtrates wurde behauptet, entsprechende Zahlen seien auf dem Markt nicht verfügbar. In der Aprilsitzung des Gemeinderates hatte Liedtke darauf hingewiesen, dass Wüest Partner AG diese Zahlen regelmässig erhebt und sich erkundigt, ob er seine schriftlichen Anfragen für eine korrekte Antwort nochmals einreichen müsse. Stadtpräsident Farid Zeroual (Die Mitte) antwortete damals für die abwesende Karin Fein., indem er die Kontaktaufnahme durch die zuständige Stadträtin in Aussicht stellte. Das war nicht geschehen und in ihrem Votum gab die Stadträtin Fein nun eine Reihe von Zahlen wieder. In einer persönlichen Erklärung erläuterte Liedtke, dass er seit zwei Monaten auf die korrigierte schriftliche Beantwortung gewartet und diese mehrfach beim Stadtrat angemahnt habe. Inzwischen habe er eine Aufsichtsbeschwerde beim Bezirksrat gegen den Stadtrat eingereicht.

Stadtrat Marion Senn (FDP) beantwortete eine Frage von Urs Künzler (SVP) aus der letzten Sitzung zu Schwellen in einer Dreissiger-Zone und erläuterte die Sicherheitsüberlegungen. Künzler erwiderte, dass er nach wie vor nicht verstehe, warum in einer verkehrsberuhigten Zone Verkehrshindernisse eingebaut werden müssten.

Stadträtin Karin Fein (FW) beantwortete eine Frage von Gabriel Mäder (GLP) aus der letzten Sitzung nach der Vergabe von Baurecht für die städtischen Grundstücke B2 und C in Dietlimoos. Die Stadt hatte mittels einer Ausschreibung eine Marktsondierung für die Baurechtsvergabe der städtischen Grundstücke in Dietlimoos gestartet. Fein erläuterte, dass die Stadt bei diesem Geschäft nicht dem öffentlichen Vergaberecht unterstehe. Für den Stadtrat stehen marktkonforme Einnahmen aus der Baurechtsvergabe der Grundstücke im Vordergrund. Sie seien eher weniger für preisgünstige Wohnungen geeignet. Der Stadtrat stellt sich damit gegen Bestrebungen der SP und der Grünen, mehr preisgünstigen Wohnraum in Adliswil zu schaffen, und ausserdem gegen eine gerade lancierte Volksinitiative für preisgünstige altersgerechte Wohnungen.

Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) beantwortete eine Frage von Urs Huber (SVP) nach nicht abgeholtem Hausmüll, die sie in der letzten Gemeinderatsitzung entgegengenommen hatte. Nachforschungen hatten ergeben, dass der Hausmüll wegen eines Fehlers des Hauswerts nicht bereitgestellt worden war.

Gabriel Mäder (GLP) erkundigte sich, ob die Lichtanlagen an den Kreuzungen zur Tüfi und zum Grütpark nicht abends und an Wochenende, wenn kaum Verkehr herrscht, deaktiviert werden könnten. Dies würde CO₂- und Lärm-Emissionen vermindern. Stadtrat Mario Senn (FDP) erläuterte, dass die Lichtanlage bei der Tüfi immer aktiv sein müsse, damit bei Feuerwehralarm die ankommenden Feuerwehrleute ohne lange Wartezeit in die Tüfistrasse einfahren und die Einsatzfahrzeuge abfahren könnten. Die Lichtanlage bei der Grütkreuzung wie die anderen Anlagen auf der Zürichstrasse werden von der Stadt Zürich gesteuert.

Silvia Helbling (FDP) bezog sich auf die anstehende Renovierung des Haus Brugg. Die alten Fenster sollen ausgebaut und als Spende in die Ukraine geliefert werden. Die Kosten für die Stadt betragen 51'000 Franken. Sie wollte wissen, auf welcher gesetzlichen Grundlage diese Spende aus Steuergeldern getätigt wird. Stadträtin Karin Fein (FW) wies in ihrer Antwort darauf hin, dass die Gemeindeordnung der Stadt Adliswil dem Stadtrat die Finanzkompetenzen für diese Entscheidung zuspricht. Es handle sich um einen politischen Ermessensentscheid, weil die Fenster in der Schweiz weder einen Verkaufs- noch einen Restwert besitzen, anders als in der Ukraine.

Esen Yilmaz (SP) stellte die folgende Frage:

Die Zugänglichkeit und Aufenthaltsqualität des Sihlufers betreffen zentrale Aspekte einer lebendigen, inklusiven und nachhaltigen Stadtentwicklung. Dabei ist entscheidend, dass alle Bevölkerungsgruppen – insbesondere mobilitätseingeschränkte Personen, ältere Menschen, Familien und Jugendliche – gleichermassen von den geplanten Aufwertungen profitieren können. Gleichzeitig gilt es, durch niederschwellige, naturnahe Freizeitangebote die Aufenthaltsqualität zu stärken, ohne dabei die ökologische Funktion des Ufers zu beeinträchtigen. Eine aktive Mitgestaltung und Mitverantwortung der lokalen Bevölkerung – insbesondere der Jugendlichen – kann zudem langfristig die Identifikation mit dem öffentlichen Raum fördern und zur sozialen Nachhaltigkeit beitragen. Die vorliegenden Fragen ermöglichen es, diese Aspekte konkret zu beleuchten und die künftige Entwicklung des Sihlufers gezielt auf ihre integrative, nutzerorientierte und ökologisch ausgewogene Ausgestaltung hin zu hinterfragen.

- 1. Wie wird sichergestellt, dass das Sihlufer barrierefrei zugänglich ist – auch für mobilitätseingeschränkte Personen, ältere Menschen sowie Familien mit Kinderwagen – und wie wird deren konkrete Nutzungserfahrung überprüft?*
- 2. Welche Massnahmen plant der Stadtrat, um das Sihlufer als Aufenthalts- und Begegnungsort gezielt mit niederschweligen Freizeitangeboten zu erweitern (z. B. Naturspielplätze, Picknickstellen, Liegeplätze, temporäre Sommernutzungen), ohne dabei die ökologische Funktion zu gefährden?*
- 3. Wie sollen Anwohnerinnen und Anwohner sowie lokale Jugendliche bei der Gestaltung und Pflege des Sihlufers aktiv einbezogen werden, um Identifikation mit dem Raum und soziale Verantwortung zu fördern?*

Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) antwortete, dass der Stadtrat nach Möglichkeit stufenlose Weg und rutschfeste Beläge am Sihlufer vorsehe, um es barrierefrei zugänglich zu machen. Inwieweit das unter Berücksichtigung der Ökologie und des Hochwasserschutzes umsetzbar sei, würde der Kanton mitentscheiden. Sie wies darauf hin, dass beim Stadthausareal der öffentliche Zugang zum Wasser vorgesehen sei. Insgesamt gelte für den Sihlraum die Abwägung zwischen Erholung, Naturerlebnis und Ökologie. Noch sei unklar, inwieweit die Bevölkerung bei der Gestaltung des Sihlraums einbezogen werden könne.

Daniela Eggenberger (SVP) bezog sich auf die geänderten Schalteröffnungszeiten im Stadthaus, insbesondere auf den Wegfall der Öffnung am Dienstagvormittag. Sie wollte wissen, ob es eine Auswertung der bisherigen Nutzungszeiten gegeben habe und inwieweit Personalkosten eingespart werden könnten. Stadtpräsident Farid Zeroual (Die Mitte) stellte eine Beantwortung in der folgenden Sitzung in Aussicht.

Anschliessend wurden 24 Einbürgerungsanträge gutgeheissen.

Jahresrechnung 2024

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) erläuterte Kommissionspräsidentin Silvia Helbling (FDP) die Jahresrechnung. Sie machte deutlich, dass der budgetierte Fehlbetrag nur durch den kantonalen Finanzausgleich, den Adliswil wegen der unterdurchschnittlichen Steuerkraft erhalten hat, reduziert wurde. Die Ausgaben seien vor allem durch stark gestiegene Löhne der Lehrpersonen und durch Mehrausgaben bei der schulergänzenden Betreuung gestiegen, während es gleichzeitig Mindereinnahmen bei der Quellensteuer gegeben habe. Die Finanzverbindlichkeiten der Stadt betragen 120 Mio. Franken. Sie bemängelte, dass die Empfehlungen der RPK vom vergangenen Jahr nicht befolgt worden seien. Die Leistungsüberprüfung, welche der Gemeinderat zu Beginn des Jahres in Auftrag gegeben habe, sei ein wichtiger Schritt, um die Ausgaben unter Kontrolle zu bringen. Die RPK empfahl die Annahme der Jahresrechnung.

Esen Yilmaz (SP) nahm wie folgt Stellung:

Die SP-Fraktion nimmt die Jahresrechnung 2024 zur Kenntnis – mit gemischten Gefühlen.

Ausgangslage: Die Rechnung 2024 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 4 Millionen Franken ab. Dank eines nicht budgetierten Beitrags aus dem kantonalen Finanzausgleich in der Höhe von 1,5 Millionen Franken beträgt das effektive Defizit am Ende 2,5 Millionen Franken. Budgetiert war ursprünglich ein Defizit von 1,3 Millionen Franken.

Steuerkraft und kantonaler Finanzausgleich: Die Steuerkraft pro Einwohner/in liegt mit knapp CHF 4'000 deutlich unter dem kantonalen Durchschnitt. Daraus resultierte der erwähnte Beitrag aus dem kantonalen Finanzausgleich. Diese Entwicklung zeigt, dass Adliswil – trotz Einwohnerwachstum – finanziell nicht zu den starken Gemeinden im Kanton gehört

Ertragslage und strukturelle Risiken: Besorgniserregend sind die rückläufigen Steuereinnahmen bei den juristischen Personen, die 13 Millionen Franken unter dem Budget lagen. Diese Mindereinnahmen konnten durch Mehreinnahmen bei den natürlichen Personen (+8,5 Mio.) und Grundstückgewinnsteuern (+3,8 Mio.) nicht vollständig ausgeglichen werden. Die SP erwartet, dass der Stadtrat dieser strukturellen Schwäche in der Standortattraktivität für Unternehmen vertieft nachgeht – unter Berücksichtigung städtebaulicher und ökologischer Ziele.

Fragezeichen bei der Bodenpolitik: In diesem Zusammenhang ist für die SP unverständlich, weshalb potenziell ertragsstarke Grundstücke wie jene im Baufeld B2 und C nicht fristgerecht im Baurecht ausgeschrieben und abgegeben wurden. Damit entgehen der Stadt nicht nur dringend benötigte Baurechtszinse, sondern auch strategische Chancen in der Stadtentwicklung. Wir fordern hier künftig mehr Verbindlichkeit und Klarheit.

Erfolgsgeschichte Bibliothek: Positiv hervorzuheben ist hingegen die Bibliothek, die sich als niederschwelliger und lebendiger Ort des Wissens, der Begegnung und Integration etabliert hat. Die SP sieht in der stetigen Weiterentwicklung dieses Angebots ein wichtiges Element städtischer Kulturpolitik mit sozialem Mehrwert.

Personalaufwand: Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen – insbesondere bei den Löhnen im Bildungsbereich. Diese Erhöhung ist grösstenteils systemisch bedingt und war aufgrund von gestiegenen Anforderungen – etwa durch ISR-Settings (Anmerkung: Massnahmen integrierter, niederschwelliger Sonderpädagogik) oder neue Aufnahmeklassen – notwendig. Die SP steht zur qualitativen Weiterentwicklung der öffentlichen Leistungen, verlangt aber auch eine effiziente Personalführung mit langfristiger Planungssicherheit.

Entwicklung im Sozialbereich: Erfreulich ist, dass sich im Sozialbereich – trotz allgemeinen Herausforderungen – die Fallzahlen stabil bis rückläufig zeigen. Der Nettoaufwand hat sich dadurch weniger stark entwickelt als in anderen Bereichen. Die SP sieht darin eine Bestätigung der Wirksamkeit professioneller sozialer Dienstleistungen und frühzeitiger Interventionen. Hier gilt unser besonderer Dank der Sozialvorsteherin Marianne Oswald (Grüne).

Investitionen und Verschuldung: Im Jahr 2024 wurden 15,6 Millionen Franken investiert, was rund 70 % der geplanten Investitionen entspricht. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei 63 %. Die Nettoschuld stieg auf 78,6 Millionen Franken, bleibt jedoch innerhalb der finanzpolitischen Vorgaben. Für die SP ist klar: Investitionen müssen weiterhin zielgerichtet und nachhaltig erfolgen, besonders im Bereich Bildung, Infrastruktur und Energiewende.

Fazit: Die SP begrüsst, dass der Stadtrat eine Aufgabenanalyse angestossen hat, um dem zunehmenden finanziellen Druck zu begegnen. Diese darf jedoch nicht in einer pauschalen Sparpolitik münden. Der Leistungsabbau in zentralen Bereichen wie Bildung, Betreuung und Sozialem ist für uns keine Option. Die Jahresrechnung 2024 bildet die Realität einer wachsenden Stadt mit wachsenden Bedürfnissen ab. Die SP stimmt einstimmig der Abnahme zu – mit der klaren Erwartung, dass die kommenden Finanzplanungen sozialverträglich, nachhaltig und zukunftsorientiert ausgestaltet werden.

Urs Künzler (SVP) stellte fest, dass der Stadtrat zum wiederholten Mal ein negatives Ergebnis präsentierte. Er kritisierte die IRS-Settings und bezweifelte, dass ein so grosser Teil der Schüler Sondermassnahmen beanspruchen müssten. Bei den Investitionen stellte er fest, dass einige der 2024 getätigten Massnahmen bereits 2013/14 bewilligt worden seien. Allgemein lehne die SVP „Luxuslösungen“ ab. Die KMUs in Adliswil stellten keine Attraktivitätssteigerungen fest. Trotz der Kritik würde die SVP aber der Jahresrechnung zustimmen.

Christoph Sütterlin (GLP) hielt fest, dass mit den sinkenden Steuereinnahmen auch der Cash Flow sinke. Er sah die Verpflichtung des Gemeinderates darin, Handlungsspielräume für die Stadt zu erhalten. Effizientes Arbeiten liege aber ausschliesslich in der Hand des Stadtrates und der Verwaltung. Er stellte die Frage, ob die Leistungen für wenige gestrichen werden oder aber alle etwas mehr geben sollen? Adliswil gehöre zu den ärmeren Gemeinden und zu den am meisten verschuldeten Gemeinden des Kantons.

Daniel Frei (FW) ortete ein strukturelles Problem als Ursache für die Finanzsituation. Auslöser sei das Bevölkerungswachstum. Er stellte die Frage, wieviel Wachstum sich Adliswil noch leisten könne? Das Wachstum führe zu Folgekosten bei Bildung, Betreuung, Gesundheit. Er forderte Mut zur Priorisierung. Alle Leistungen der Stadt müssten auf den Prüfstand. Er stellte die Zustimmung der Freien Wähler (deren einziger Vertreter er in dieser Sitzung war) in Aussicht.

Pascal Welti (Grüne) lenkte den Blick auf die Finanzplanung, die sich gemäss Gemeindegesetz über die fünf vergangenen und die fünf zukünftigen Jahre erstreckt. Die vergangenen positiven Jahre wandern in die Vergangenheit aus und werden im Finanzausgleich nicht mehr berücksichtigt, es werden bald nur noch schlechte Jahre im Finanzplan sein. Er unterstützte die Hebung des Steuerfusses im nächsten Budget.

Reto Buchmann (FDP) nahm die Argumentation von Daniel Frei (FW) auf und stellte fest, dass die strukturelle Schieflage immer grösser werde. Wachstum allein bringe keine Lösung der finanziellen Situation. Eine Erhöhung des Steuerfusses würde zur Abwanderung guter Steuerzahler führen. Gute städtische Leistungen seien ein Angebot für Schwächere. Die Jahresrechnung müsse ein Warnsignal sein. Die FDP werde trotzdem zustimmen.

Gabriel Mäder (GLP) analysierte, dass die Steuerkraft über Jahre bereits gestiegen war. Wenn die Stadt, wie von den Freien Wählern und der FDP vorgeschlagen, nicht wachsen, aber trotzdem steuerkräftige Zuzüger anziehen soll, könne das nur durch ein Auswechseln der Bevölkerung gelingen. Die Schwachen müssten Adliswil verlassen, um den Steuerkräftigen Platz zu machen.

Finanzvorsteherin Karin Fein (FW) stellte in ihrem Votum klar, dass die Einnahmen bei natürlichen Personen gegenüber dem Budget um 8,5 Mio. Franken höher ausgefallen seien. Nicht das Bevölkerungswachstum belaste die Stadtkasse, sondern die gestiegenen Anforderungen an die öffentliche Hand. Die Verluste könnten durch das Eigenkapital der Stadt immer noch getragen werden. Ein Problem stelle der geringe Selbstfinanzierungsgrad von 63 Prozent dar, ideal wäre über 100 Prozent. Ein Schuldenabbau wäre nur möglich mit positivem Cash Flow.

In der Schlussabstimmung stimmten alle anwesenden Gemeinderäte ohne Enthaltung der Jahresrechnung 2024 zu.

Neues Nutzungskonzept für die Tiefgarage Zentrum

Gemeinderäte der Mitte-GLP-EVP-Fraktion hatten mit einem Postulat den Stadtrat gebeten aufzuzeigen, wie die Parkplätze in der Tiefgarage besser genutzt werden könnten hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen und der Aufwertung des öffentlichen Raums im Ortszentrum. Sie begründeten ihr Anliegen unter anderem damit, dass die Auslastung der städtischen Parkplätze in der Tiefgarage, in der sich auch Parkplätze der Migros befinden, bei nur 16 Prozent liegt. Ausserdem schlugen sie vor, Parkplätze an die Gewerbetreibenden zu vermieten und dafür die Längsparkplätze an der Albis- und Florastrasse aufzuheben. Das Postulat war im Februar 2024 an den Stadtrat überweisen worden.

In seiner Antwort erinnerte der Stadtrat daran, dass die Erweiterung der ehemaligen Migros-Tiefgarage nur durch das Einvernehmen mit privaten Grundeigentümern vorgenommen werden konnte. Deshalb habe man einen Vertrag mit der Migros und anderen Privaten zum gemeinsamen Betrieb der Tiefgarage geschlossen. Alle Änderungen müssten von den Vertragspartnern gemeinsam beschlossen werden. Alle nicht explizit zugewiesenen Parkplätze dienten als Kurzzeitparkplätze, deren Einnahmen zwischen Migros und Stadt geteilt würden. Dabei spiele es keine Rolle, in welchem Teil der Tiefgarage die Fahrzeuge abgestellt würden. Änderungen der Tarife wären schwierig, weil die Migros ein gesamtschweizerisches Tarifsysteem einsetze. Als Lösung schlug der Stadtrat vor, eine digitale Parkinformation an der Albisstrasse zu installieren, um auf die freien Parkplätze in der Tiefgarage aufmerksam zu machen. Ausserdem wolle man eine geringfügige Anhebung der Gebühren auf ein ortsübliches Niveau prüfen. Schliesslich wolle man alternative Nutzungen wie Park & Ride prüfen. Eine Aufhebung der Längsparkplätze an Albis- und Florastrasse hingegen lehnte der Stadtrat ab, weil damit Laufkundschaft in den Spezialitätengeschäften weg falle.

Für die Sachkommission erklärte Julian Bachmann (EVP) die Zustimmung zu den Vorschlägen des Stadtrates. Rolf Schweizer (FDP) fand, dass die steigende Auslastung der Tiefgarage das Bedürfnis für das Parkplatzangebot im Ortszentrum zeige. Er lehnte Park & Ride-Parkplätze für Innerschweizer, die in Zürich arbeiten und ihre Fahrzeuge dann in Adliswil abstellen, ab. Er schlug vor, die Ladeinfrastruktur der Tiefgarage über Nacht zugänglich zu machen. Die Längsparkplätze an der Albis- und Florastrasse hielt er für wichtig, damit die „Laufkundschaft“ für die Läden erhalten bleibe.

Jacqueline Schoch (Grüne) hielt dagegen, dass das Gewerbe ja Kurzzeitparkplätze für ihre Kundschaft in der Tiefgarage anmieten könne. Gabriel Mäder (GLP) stufte die Erkenntnisse aus der Antwort des Stadtrates hinsichtlich der städtischen Finanzen als weniger erfreulich ein. Jeder Parkplatz koste Steuergelder, das müsse man bei der neuen Parkplatzordnung der Stadt berücksichtigen.

Xheli Etemi (SP) meinte:

Die SP Adliswil lehnt ein Park & Ride-Angebot in der Tiefgarage Zentrum entschieden ab. Wir wollen nicht, dass zusätzliche Pendler mit dem Auto nach Adliswil fahren, um hier zu parkieren und dann mit dem Zug weiterzufahren. Das würde zu Mehrverkehr im Zentrum führen und steht im Widerspruch zu einer nachhaltigen Verkehrspolitik.

Die städtischen Parkplätze sollen primär der lokalen Bevölkerung, dem Gewerbe und den Besucherinnen des Zentrums zur Verfügung stehen. Gleichzeitig fordern wir den Abbau der oberirdischen Längsparkplätze an der Albisstrasse. Besonders im Bereich der Treppe beim Sunrise ist der Platz auf dem Trottoir so eng, dass Fussgänger mit Rollstuhl oder Sehbehinderung kaum sicher vorbeikommen. Das ist nicht akzeptabel. Der öffentliche Raum muss barrierefrei und menschenfreundlich gestaltet werden.

Wir unterstützen die Einführung digitaler Parkinformationen zur Reduktion des Suchverkehrs sowie eine moderate Erhöhung der Parkgebühren zur besseren Kostendeckung. Ziel muss ein attraktives, barrierefreies und verkehrsberuhigtes Zentrum sein, mit mehr Platz für Menschen statt für Autos.

Das Postulat wurde abgeschrieben.

Abfalltrennung bei öffentlichen Veranstaltungen und in öffentlichen Gebäuden

Ein weiteres Postulat, das von Bernie Corrodi (FW), Pascal Welti (Grüne) und Kanny Muthuthamby (SP) eingereicht und im Februar 2024 vom Grossen Gemeinderat an den Stadtrat überwiesen wurde, ersuchte den Stadtrat darum, bei allen öffentlichen Anlässen, städtischen Einrichtungen und Gebäuden eine Abfalltrennung nach Wertstoffen, eine sachgerechte Entsorgung aller Abfälle und ein Pfandsystem für wiederverwendbares Geschirr und Becher anzuordnen.

In seiner Antwort legte der Stadtrat dar, dass die Forderungen in allen städtischen Gebäuden bereits umgesetzt seien. In Adliswil finden pro Jahr ca. 100 öffentliche Anlässe unterschiedlicher Grösse statt, die teils unter Mitwirkung der Stadt, aber grösstenteils von Privaten durchgeführt werden. Sie seien auch nicht alle bewilligungspflichtig, so dass Auflagen sie gar nicht betreffen würden. Zu strenge Auflagen würden wegen des unterschiedlichen Professionalisierungsgrades einige Veranstaltungen erschweren oder unmöglich machen. Es sei auch zu berücksichtigen, dass bei der Mehrzahl der Veranstaltungen die Organisatoren bereits Massnahmen zur Abfalltrennung umsetzten. Hinsichtlich des Mehrweggeschirrs sei zu berücksichtigen, dass es Veranstaltungen mit einem einheitlichen Catering und solche mit verschiedenen Catering-Anbietern gebe. Bei Letzteren sei die Einführung eines Mehrwegsystems sehr schwierig.

Die Abteilung Werkdienste stellt für Anlässe kostenlos Abfalleimer zur Verfügung, bei denen die Abfalltrennung aber nicht möglich sei. Eine Beschaffung von Abfallbehältern für die Trennung müssten die Beschaffungs- und Lagerkosten berücksichtigt werden. Andererseits muss man bei öffentlichen Veranstaltungen mit Fehlwürfen und damit mit Verunreinigungen der Abfälle rechnen, was die Wertstoffsammlungen wertlos machen würde. Alternativ verweist der Stadtrat auf die kostenlose Bereitstellung und Abholung von Sammelbehältern von PET-Recycling und IGORA für Alu-Recycling.

Der Stadtrat befürwortet hingegen die Beschaffung und Bereitstellung von Mehrwegbechern. Die Lagerung von 5000 bis 70000 Bechern kostet ca. 10 bis 15 Franken im Monat. Der Preis für die Anschaffung liegt bei ca. einem bis anderthalb Franken pro Becher, die gegen Aufpreis mit einem Logo versehen werden könnten. Solche Becher könnten gegen Pfand auf Veranstaltungen abgegeben werden, die Pfandeinnahmen für die Ersatzbeschaffung bei Nichtrückgabe verwendet werden.

Jacqueline Schoch (Grüne) sprach im Auftrag der vorberatenden Sachkommission und setzte sich für das Mehrwegsystem ein. Darüber hinaus soll die Veranstaltung von Anlässen bürokratiearm sein. Vera Buchmann (FDP) mahnte praktikable Lösungen an und vertrat die Auffassung, es werde bereits genug für die Abfallvermeidung getan. Für die SP sprach Wolfgang Liedtke:

Ich bedanke mich für den Bericht des Stadtrates. Er zeigt einige positive Entwicklungen - wie die Abfalltrennung in öffentlichen Gebäuden der Stadt und bei öffentlichen Veranstaltungen, an denen die Stadt massgeblich beteiligt ist.

Nachvollziehbar ist, dass es bei öffentlichen Anlässen schwierig ist, Auflagen zur Abfalltrennung vorzugeben. Abgesehen davon, dass solche Veranstaltungen nicht immer bewilligungspflichtig sind, würden zu hohe Auflagen das Vereinsleben, das es spätestens seit der Corona-Pandemie schwer hat, zusätzlich behindern. Der Bericht des Stadtrates zeigt aber Optionen auf, mit denen man die Abfalltrennung und -vermeidung verbessern kann.

Die Stadt sollte die kostenlose Bereitstellung von Sammelbehältern von PET-Recycling und IGORA für bewilligungspflichtige Veranstaltungen vorschreiben. Weiterhin sollte man private Veranstalter mittels Merkblätter oder Informationen auf der städtischen Webseite auf diese Möglichkeit hinweisen.

Ebenso unterstützen wir den generellen Einsatz von Mehrwegsystemen. Die Stadt sollte hierzu Hilfestellung leisten, indem sie solche Mehrwegsysteme beschafft und zur Verfügung stellt – eventuell gegen eine geringe Gebühr -, oder aber an Veranstalter einen günstigen Anbieter vermittelt. Wir haben zwar eben darüber gesprochen, dass die Stadt bei den Ausgaben in den nächsten Jahren Zurückhaltung üben muss. Jedoch sind die

Anschaftungskosten gering und die Kosten für Lagerung sowie die Reinigung könnten mit Gebühren gedeckt werden.

Dagegen würden wir bei der Beschaffung von Behältern für Abfalltrennung im öffentlichen Raum und bei öffentlichen Veranstaltungen, wie sie beispielsweise bei der SBB im Einsatz sind, Zurückhaltung empfehlen. Die aufwendige Beschaffung könnte ins Leere laufen, wenn Fehlwürfe und Verunreinigungen die Verwertung der Abfälle in Frage stellen.

Jacqueline Schoch (Grüne) meldet sich nochmals zu Wort und stellte fest, dass die Anliegen der Postulanten und der Stadt in diesem Fall deckungsgleich seien. Sie halte Informationen an die Veranstalter über die Möglichkeiten der Abfallvermeidung und -trennung für wichtig. Ein Mehrwegsystem sei bei vielen Veranstaltungen schwierig umzusetzen.

Stadtrat Mario Senn (FDP) hob die Wichtigkeit des Anliegens hervor. Die Umsetzung sei allerdings nicht einfach. Hinweise an die Veranstalter werden bereits gemacht. Die Bewilligung für Veranstaltungen sei heute schon komplex und man müsse sich fragen, was geschehe, wenn die Stadt einer Veranstaltung die Bewilligung verweigere. Er kündigte an, demnächst Mehrwegbecher ohne Logo in einem Pilottest einzusetzen. Man wolle unter anderem Erfahrungen darüber sammeln, wie viele der Becher tatsächlich zurückkommen.

Das Postulat wurde abgeschrieben.

Die Sitzung endete um 21:37 Uhr.